



Dr. Kirsten Tackmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 74308

 (030) 227 – 76308

 [kirsten.tackmann@bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann@bundestag.de)

## 28 Millionen Euro für nichts – Agro-Gentechnik kein Jobmotor!

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage 16/5348 „Arbeitsmarktpolitische Effekte der Agro-Gentechnik für den Mittelstand prüfen“ der Fraktion DIE LINKE. erklärt Dr. Kirsten Tackmann (MdB), Mitglied des Vorstandes und agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.:

*„Immer wieder wird die vermeintlich zukunftssträchtige Agro-Gentechnik als Jobmotor - vor allem für Ostdeutschland - bezeichnet. Wie aus der jetzt vorliegenden Antwort der Bundesregierung hervorgeht, ist allerdings genau das Gegenteil der Fall. Nicht Jobs, sondern Proteste, Misstrauen und wirtschaftlicher Schaden für die Nicht-Anwender sind direkte Folgen der Agro-Gentechnik. Lediglich 19 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beschäftigen sich mit gentechnisch veränderten Pflanzen, 19 weitere wenden biotechnologische Verfahren an. Selbst die Bundesregierung gibt zu, dass diese KMU „vom Trend zur Globalisierung und Unternehmenskonzentration betroffen“ sind. Der lachende Dritte wird in Zukunft Monsanto, BASF, Pioneer oder ein anderer Vertreter der „Großen“ sein.*

*Der arbeitsmarktpolitische Effekt der Agro-Gentechnik für die ländlichen Räume ist ein Mythos - auf dem Acker, im Labor oder im Gewächshaus. In den vergangenen zehn Jahren investierte die Bundesregierung 28,4 Millionen Euro Fördergelder in diesen Bereich. Das führte allerdings zu keinem einzigen Antrag auf Zulassung eines gentechnisch veränderten Organismus. Die Bundesregierung behauptet, der „Einsatz innovativer Technologien“ stehe in einem Zusammenhang mit „langfristigem wirtschaftlichen Wachstum“. So ist die Entwicklung der KMU der letzten 15 Jahre alles andere als innovativ. Ich fordere die Bundesregierung zu einer ehrlichen Bilanz der arbeitsmarktpolitischen Wirkung der Agro-Gentechnik auf. Dazu gehören dann auch die Arbeitsplatz gefährdenden Effekte, zum Beispiel für den Ökolandbau. Wenn Arbeitsplätze das letzte verbleibende Argument für diese umstrittene Risikotechnologie sind, dann erwarte ich eine deutliche Verbesserung der Datenerhebung. Die Antwort der Bundesregierung lässt zu viele ungeklärte Fragen offen.“*

Berlin, den 12.06.2007

PRESSMITTEILUNG